



Ausgabe 5/2020

Klienten-Information

Weitere Neuerungen bei den Maßnahmen gegen die COVID-19-Krise

Bereits in der letzten Ausgabe (04/2020) haben wir über **Hilfsmaßnahmen** zur Abschwächung der massiven wirtschaftlichen Konsequenzen, welche durch das Corona-Virus und durch die getroffenen Gegenmaßnahmen ausgelöst werden, berichtet. Inzwischen haben sich eine **Vielzahl an Klarstellungen**, Änderungen und **Neuerungen** ergeben, welche nachfolgend **überblicksmäßig** dargestellt werden sollen. Dabei ist nach wie vor davon auszugehen, dass es in den nächsten Monaten zu weiteren Änderungen bzw. Ausweitungen der Maßnahmen kommen kann.

Härtefall-Fonds - Phase 2

Die Einführung des **Härtefall-Fonds** hat neben der erwarteten Erleichterung auch zu **Unklarheiten** und Unverständnis bei den Antragskriterien geführt. Für die **seit Mitte April relevante Phase 2** ist es zu **Erleichterungen** bei der Antragstellung gekommen. Entgegen der Vorgehensweise in Phase 1 sind **weder Einkommensuntergrenzen noch -obergrenzen relevant** und auch bei den kritischen Punkten Mehrfachversicherung und Nebenbeschäftigung wurden Lockerungen vorgenommen.

Monetär betrachtet stehen **insgesamt maximal 6.000 € pro Betroffenen** aus dem Härtefall-Fonds zur Verfügung und zwar **grundsätzlich 2.000 € monatlich für 3 Monate**. Da auf die maximale Förderung (6.000 €) **Auszahlungen aus Phase 1 angerechnet** werden, soll es im Endeffekt zu einer Gleichstellung auch für alle jene kommen, die in Phase 1 nicht berücksichtigt werden konnten. Überdies wird der bisherige **Beobachtungszeitraum** für die Inanspruchnahme des Härtefall-Fonds **um weitere drei Monate bis Mitte September 2020 verlängert** (bisher umfasste der Zeitraum 16. März bis 15. Juni). Innerhalb der insgesamt 6 Monate können **drei beliebige Monate** für die Beantragung gewählt werden - die drei Monate müssen nicht zwingend aufeinander folgen. Dies soll **wirtschaftliche Schwierigkeiten** insbesondere dann abfedern, wenn im März und April noch Einkommen erzielt wurde und **erst später** durch entsprechende Umsatzeinbußen aufgrund von COVID-19 der **Härtefall-Fonds in Anspruch genommen** werden muss. Bisher galt die Maxime, dass bei annehmbarer finanzieller Lage zu Krisenbeginn keine Förderberechtigung durch den Härtefall-Fonds gegeben war. Nach wie vor gilt **als Härtefall**, sofern - bedingt durch die Anti-Corona-Maßnahmen - die **laufenden Kosten nicht mehr gestemmt** werden können, ein (überwiegend) **behördliches Betretungsverbot** bestand oder der **Umsatz** um zumindest **50%** im Vergleich zum Vorjahreszeitraum **weggefallen** ist.

Im Rahmen des Härtefall-Fonds wurde nun auch eine **Mindestförderhöhe von 500 € pro Monat** eingeführt, um individuelle Härtefälle und Unternehmen mit fehlenden Gewinnen aufgrund von Investitionen auffangen zu können. **Jungunternehmer**, die ihr Unternehmen nach dem 1.1.2018 (bisher war 1.1.2020 die Grenze) gegründet haben, können auch ohne Steuerbescheid **500 € beantragen**. Überdies wurde klargestellt, dass eine Förderung aus dem Corona-Familienhärteausgleich kein Ausschlussgrund für den Härtefall-Fonds ist.

FAQ zum Thema Kurzarbeit

Das Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend hat eine Broschüre zu **häufig gestellten Fragen** (FAQ) zur **COVID-19-Kurzarbeit** herausgebracht

(<https://www.bmfi.gv.at/Services/News/Coronavirus/FAQ--Kurzarbeit.html>). Die Themengebiete gliedern sich in Anwendungsbereich, Abwicklung, Arbeitszeit, Beihilfenhöhe, Entgeltfragen, Kurzarbeit i.V.m. arbeitsrechtlichen Sonderformen, Abrechnung sowie Erhalt des Beschäftigtenstands. Darin wird beispielsweise **klargestellt**, dass mit **1. April 2020** erst **eingestellte Arbeitnehmer nicht sofort** mittels **Kurzarbeit** gefördert werden können. Vielmehr muss **vor der Kurzarbeit** bereits ein volles Monatsgehalt bezogen worden sein bzw. bei unregelmäßigem Entgelt zumindest Entgelte für 3 Monate bzw. 13 Wochen vorliegen. Vom Zeitpunkt her betrachtet kann Kurzarbeit grundsätzlich seit 21. April nur noch **rückwirkend mit 1. April 2020** (und nicht bereits für frühere Zeiträume) beantragt werden.

Zum regelmäßig brisanten Thema **Urlaub** ist auch die Frage zum **Urlaubsverbrauch vor Kurzarbeit** in den FAQ enthalten. So müssen Arbeitnehmer in Abstimmung mit dem Arbeitgeber den **gesamten Urlaubsanspruch vergangener Urlaubsjahre** sowie ein allenfalls bestehendes **Zeitguthaben** verbrauchen, bevor sie in Kurzarbeit gehen können. Das **Urlaubsentgelt** bemisst sich übrigens an der Entlohnung vor der Kurzarbeit und muss vom **Arbeitgeber getragen** werden. Gleichsam als Gegenteil von Urlaub wird ebenso **klargestellt**, dass auch **Mehrarbeit in der Kurzarbeit möglich** ist (und entsprechend gemeldet werden muss). Es kommt dann zu keinen Strafen.

Aus administrativer Sicht wird es häufig der Fall sein, dass die **Corona-Kurzarbeit noch nicht rechtzeitig im Lohnverrechnungsprogramm programmiert** werden konnte. Sofern etwa im April eine Akontozahlung geleistet worden ist, kann **Ende Mai eine Aufrollung** vorgenommen werden. Ratsam ist jedenfalls, die Arbeitnehmer auf den **Akontozahlungscharakter** hinzuweisen, um einen allfällig gutgläubigen Verbrauch von zu viel bezogenem Entgelt zu verhindern.

Um ausreichend **Liquidität sicherzustellen**, ist eine wichtige Frage, wie und wann die **Abrechnung der Kurzarbeitsbeihilfe** erfolgt. Der Ablauf gestaltet sich derart, dass für die in Kurzarbeit einbezogenen Arbeitnehmer seitens des Unternehmens für jeden Kalendermonat **bis zum 28. des Folgemonats** eine **Abrechnungsliste** vorzulegen ist (für März 2020 darf die Abrechnung ausnahmsweise bis spätestens 28. Mai 2020 übermittelt werden). Zur **Auszahlung der Kurzarbeitsbeihilfe** kommt es **im Nachhinein** pro Kalendermonat, nachdem die Teilabrechnung geprüft und vorgelegt worden ist. Die **Bewilligung der Kurzarbeitsbeihilfe** bietet den Vorteil, dass sie bei **Kredit- und Garantiegebern** als **Sicherheit vorgelegt** werden kann. Außerdem sollen Banken angehalten sein, bereits den Antrag auf Kurzarbeit gemeinsam mit der Bestätigung des Einlangens des Antrags zu akzeptieren und somit Lohnzahlungen vorzufinanzieren. **Technisch** betrachtet und nach Auskunft des AMS gibt es **zwei Wege** für die Erstellung und Abrechnung - entweder **mittels AMS-Webanwendung** oder durch Datenimport bzw. Datenerfassung mit der **AMS-Excel-Projektdatei**. Jedenfalls müssen danach das Hochladen und Senden im **eAMS-Konto für Unternehmen** erfolgen. Ein bedeutsames Merkmal der Webanwendung liegt darin, dass sie zur Abrechnung von bis zu 150 Arbeitnehmern und Lehrlingen verwendet werden kann.

(Weitere) steuerliche Erleichterungen

Das **6. COVID-19-Gesetz** sieht mehrere Vereinfachungen im Rahmen der Einkommen-, Umsatzsteuer usw. vor wie z.B. die steuerliche Unschädlichkeit des Tätigwerdens pensionierter Ärzte während der Corona-Krise. Auf die **Lieferungen/innergemeinschaftlichen Erwerbe von Schutzmasken** (auch Stoffmasken) seit dem 13. April und vor dem 1. August 2020 soll **0% Umsatzsteuer** anfallen - anstelle des Normalsteuersatzes von 20%. Schließlich soll es auch zu in der BAO geregelten Erleichterungen bei **Gutschriftauszahlungen vom Finanzamtskonto** kommen.

Bereits "länger bestehende" Begünstigungen für **Arbeitnehmer** betreffen Home-Office und auch Bonuszahlungen. Demnach kann das **Pendlerpauschale** auch **während des Home-Offices** in Anspruch genommen werden. Ausschließlich **COVID-19-bedingte Bonuszahlungen**, welche im Kalenderjahr 2020 gewährt werden, sind **bis zu 3.000 €** beim Arbeitnehmer **steuerfrei** zu behandeln und erhöhen auch nicht das Jahressechstel.

ÖGK-Fristen bleiben grundsätzlich aufrecht

Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) nimmt **keine Eintreibungsmaßnahmen** für die Beiträge der Monate Februar, März und April vor - Stundungs- und Ratenansuchen sind daher nicht notwendig (für **Verzugszinsfreiheit** muss ein formloser Antrag mit Hinweis auf coronabedingte Liquiditätsprobleme gestellt werden). Allerdings stellt die ÖGK klar, dass die **Grundregeln der Lohnverrechnung aufrecht** bleiben. Dies gilt auch für die **gesetzliche Fälligkeit der Beiträge**. Ebenso sind die Anmeldungen zur Pflichtversicherung weiterhin fristgerecht vor Arbeitsantritt der Arbeitnehmer vorzunehmen. Auch die **monatlichen Beitragsgrundlagenmeldungen** sind weiterhin zu den üblichen Terminen an die ÖGK zu senden. Allerdings werden in den Monaten März, April und Mai 2020 für coronabedingt **verspätete Beitragsgrundlagenmeldungen keine Säumniszuschläge** vorgeschrieben werden.

Verlängerte Aufstellungs- und Offenlegungsfristen für den Jahresabschluss

Eine Klarstellung ist hier (durch das Justizministerium) erfolgt. Kapitalgesellschaften, Genossenschaften und Vereine mit Bilanzstichtag zwischen 16. Oktober 2019 und 31. Juli 2020 haben durch die Corona-Krise bedingt nun **9 Monate** Zeit für die **Aufstellung des Jahresabschlusses 2019** (ansonsten muss die Aufstellung innerhalb der ersten 5 Monate des Geschäftsjahres erfolgen). Zugleich wurde die **Offenlegungsfrist auf 12 Monate verlängert** (normalerweise 9 Monate). **Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2019** müssen somit spätestens zum **31. Dezember 2020** im **Firmenbuch** offengelegt werden.

Erhöhung der Notstandshilfe

Die **Notstandshilfe** soll für die Monate Mai bis September auf das Ausmaß des Arbeitslosengeldes **erhöht** werden. Dadurch soll sichergestellt sein, dass die Krise für Menschen ohne Beschäftigung nicht noch verschärft wird.

Neuorganisation der Finanzverwaltung auf Jahresende verschoben

Wie zuletzt berichtet (KI 04/20), ist eine umfangreiche **Neuorganisation der Finanzverwaltung** geplant, die beispielsweise eine deutliche Reduktion der Finanzämter (von der Zuständigkeit her betrachtet) mit sich bringen wird. Durch die Corona-Krise ist es nun zu einer Verzögerung bei der Umsetzung gekommen. Anstelle wie ursprünglich angedacht Juli 2020 ist nun der **31. Dezember 2020** das erklärte zeitliche Ziel.

Corona Hilfsfonds - Erleichterung durch Garantien und Fixkostenzuschüsse

Der Corona Hilfsfonds stellt eine Maßnahme dar, um entsprechende **Liquidität** bei von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen sicherzustellen. Es handelt sich dabei um **Unternehmen**, die typischerweise bedingt durch Betretungsverbote, Reisebeschränkungen oder Versammlungsbeschränkungen **Liquiditätsprobleme** haben. Diese Maßnahmen umfassen **Garantien** und **Fixkostenzuschüsse**, wobei die beiden Instrumente grundsätzlich voneinander unabhängig in Anspruch genommen werden können.

Die Garantien aus dem Corona Hilfsfonds entsprechen einer **Bundesgarantie** und können daher als sehr sicher angesehen werden. Die Garantie ist für **Betriebsmittelkredite** durch die (Haus)Bank gedacht und deckt dabei **90% der Kreditsumme** ab. Als **Obergrenze** sind grundsätzlich 3 Monatsumsätze des Unternehmens bzw. **maximal 120 Mio. €** vorgesehen. Von der Laufzeit betrachtet gelten maximal **5 Jahre**, wobei eine Verlängerungsoption auf weitere 5 Jahre besteht. Kostenmäßig muss das beantragende Unternehmen mit einem **Kreditzinssatz** von **höchstens 1%** rechnen sowie mit seitens der EU vorgegebenen **Garantieentgelten**, die in Abhängigkeit von der Größe des Unternehmens und der Laufzeit der Garantie **zwischen 0,25% und 2%** der Kreditsumme betragen.

Wichtige Voraussetzungen für die Inanspruchnahme einer solchen Garantie sind neben einer **wesentlichen operativen Tätigkeit in Österreich** und dem Liquiditätsbedarf an einem österreichischen Standort auch noch diverse **Vorgaben** i.Z.m. **Boni, Gewinnausschüttungen, Aktienrückkaufen** usw. Für eine erleichterte Antragstellung ist der Antrag gemeinsam mit der **Hausbank** des Unternehmens auszufüllen und an die zuständige **Förderstelle** zu übermitteln - diese sind die OeKB für Großunternehmen, aws für Klein- und Mittelbetriebe und die OeHT für Tourismusunternehmen.

Die **Fixkostenzuschüsse** für Unternehmen in der Corona-Krise erfordern neben dem Aspekt des Standorts und der **Geschäftstätigkeit in Österreich** auch andere Voraussetzungen. So müssen etwa bereits sämtliche zumutbare **Maßnahmen gesetzt** worden sein, um die **Fixkosten zu reduzieren** und die **Arbeitsplätze zu erhalten**. Eindeutiger unter den weiteren Voraussetzungen sind, dass die Fixkosten operativ in Österreich angefallen sein müssen und dass es zu einem **mindestens 40% Umsatzverlust** während der Corona-Krise gekommen sein muss.

Die **Höhe des Fixkostenzuschusses** ist vom **Umsatzausfall** des Unternehmens sowie von den **Fixkosten** abhängig und **gestaffelt** - mindestens müssen die Fixkosten binnen 3 Monaten 2.000 € übersteigen. So erhält das Unternehmen vom Bund bei **40 bis 60% Umsatzausfall 25% Ersatzleistung**, bei **60 bis 80% Umsatzausfall 50% Ersatzleistung** und bei **80 bis 100% Umsatzausfall 75% Ersatzleistung**. **Gedeckelt** ist der Fixkostenzuschuss pro Unternehmen mit **max. 90 Mio. €**. Als Fixkosten gelten grundsätzlich **Geschäftsraummieten**, Versicherungsprämien, Zinsaufwendungen (sofern diese nicht gestundet werden konnten), Lizenzkosten, **Zahlungen für Strom/Gas/Telekommunikation** wie auch nicht das Personal betreffende betriebsnotwendige, vertragliche Zahlungsverpflichtungen (sofern sie weder gestundet noch reduziert werden konnten).

Außerdem kann der **Wertverlust** von **verderblichen bzw. saisonalen Waren** berücksichtigt werden, sofern diese während der COVID-Maßnahmen mindestens 50% an Wert verloren haben. Schließlich wird auch ein angemessener **Unternehmerlohn** i.H.v. maximal 2.000 € pro Monat als Fixkosten berücksichtigt.

Der **Antrag** auf Fixkostenzuschuss ist mittels **aws Online-Tool** zu stellen und die Auszahlung erfolgt über die Hausbank in Abstimmung mit dem aws. Wichtig ist, dass der **Fixkostenzuschuss** grundsätzlich **nicht rückerstattet** werden muss und auch **nicht steuerpflichtig** ist. Allerdings werden die abzugsfähigen Aufwendungen im Wirtschaftsjahr entsprechend reduziert.

Einbeziehung von Gewinnausschüttungen in die GSVG- Beitragsgrundlage von Gesellschafter-Geschäftsführern durch Datenaustausch

Wie zuletzt in der KI 01/16 berichtet, drängen die **Sozialversicherungen** schon seit langem darauf, **Gewinnausschüttungen** bei **Gesellschafter-Geschäftsführern** nach § 25 Abs. 1 GSVG in die **Bemessungsgrundlage** zur **Sozialversicherung einzubeziehen**. Als praktisches Problem gestaltete sich für die Sozialversicherungsträger immer noch die **Informationsbeschaffung**. In der **Kapitalertragsteueranmeldung** war zwar bereits seit dem Jahr 2016 die **Erfassung von Ausschüttungen** an Gesellschafter-Geschäftsführer **vorgesehen**. Die **Kommunikationskanäle** zwischen dem Finanzamt und den Sozialversicherungsträgern waren aber oft **lückenhaft**.

Mittlerweile ist die **rechtliche Grundlage** für die **Übermittlung** von Daten aus der Kapitalertragsteueranmeldung für GSVG-pflichtige Gesellschafter-Geschäftsführer an die SVS **in Kraft getreten**. Die diesbezügliche Verordnung vom 26.2.2020 ist erstmals auf Kapitalertragsteueranmeldungen anzuwenden, die im **Kalenderjahr 2019 zugeflossene Ausschüttungen** betreffen. Folgende Daten werden der SVS künftig elektronisch zur Verfügung gestellt:

- Name und Sozialversicherungsnummer des GSVG-pflichtigen Gesellschafter-Geschäftsführers,
- Bruttobetrag der Gewinnausschüttung.

Bisher war die SVS nur theoretisch in der Lage, die Gewinnausschüttung in die Basis für die Sozialversicherungsbeiträge einzubeziehen. Durch den nunmehrigen **Datenaustausch** sollen die Beiträge den **Gesellschafter-Geschäftsführern** nun auch **tatsächlich vorgeschrieben** werden. Eine Berücksichtigung erfolgt für **Beitragszeiträume ab 1. Jänner 2019**. Daten, die in Kapitalertragsteueranmeldungen früherer Jahre enthalten sind, werden dadurch nicht übermittelt.

Für alle Gesellschafter-Geschäftsführer, die **schon** mit ihren **laufenden Bezügen** die **Höchstbeitragsgrundlage** zur Sozialversicherung **überschreiten**, ergeben sich dadurch **keine Änderungen**. Jene Gesellschafter-Geschäftsführer mit niedriger Vergütung und hoher Gewinnausschüttung müssen allerdings gegebenenfalls mit teilweise empfindlichen **Nachzahlungen** rechnen.

Sollten zu den obigen Punkten noch Fragen sein, bitte ich um Rückmeldung (Tel. 05442 62818 oder mail@antretter.at).

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Klienten-Info, Klier, Krenn & Partner KG, Redaktion: 1090 Wien, Rotenlöwengasse 19/12-14. Richtung: unpolitische, unabhängige Monatsschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist. Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr. © www.klienten-info.at